

Allen Lesern und Helfern unseres Blattes frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr!

Dran bleiben - was sonst?

Gespräch mit Klaus Rathmann, Bezirksvorsitzender der PDS Reinickendorf

Klaus, zum Jahresende ein Jahresrückblick?

Keine große Lust. Wir haben das erste Jahr der so genannten Gesundheitsreform hinter uns ohne medizinische Verbesserungen, aber mit Eintrittsgebühr bei Arzt und Zahnarzt und höheren Zuzahlungen bei Medikamenten. Und wir haben Hartz IV nicht stoppen können. Die Folgen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden 2005 deutlich werden; die Folgen für abhängig Beschäftigte und ihre Arbeitsplätze wahrscheinlich langsamer, aber als alter Gewerkschafter habe ich da große Sorgen. Die Bewegung gegen diese neoliberale Politik und für eine Politikwende geht erst richtig los, und sie wird um die Erfahrungen von 2004 klüger sein.

In der Reinickendorfer Kommunalpolitik erlebten wir 2004 wachsende Einmischung von Bürgern und Bürgerinitiativen.

Ja, zum Beispiel die Poloplatz-Initiative, die bereits Ergebnisse erzwungen hat, sowie die Bürgerinitiativen Schulzendorfer Straße und Greenwichpromenade. Die PDS hat sich mit ihren Möglichkeiten dabei eingebracht, und das ist auch anerkannt worden. Ich glaube, solche Aktivitäten wie Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen sind es, die die Politik lehren können, sich mit den betroffenen Bürgern zusammen zu setzen, bevor sie etwas in Gang setzt. Das ist der Politikstil, den die PDS anstrebt - auch wenn sie ihn selber erst noch richtig lernen muss. Immerhin bekennt sie sich zu

diesem Stil.

Wie gleichen wir den Verlust aus, dass die Bezirksverordnete Renate Herranen zur Wahllaterne Arbeit und Soziale Gerechtigkeit überwechselte und die PDS in der BVV nicht mehr unmittelbar präsent ist?

Wir werden weiter die Tagungen der Bezirksverordnetenversammlung aufmerksam verfolgen und an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, und wir werden unsere Meinung zu den kommunalen Problemen sagen - sei es in den Bürgerfragestunden der BVV, sei es im Internet, in unserem Bezirksblatt oder durch Flugblätter. Wir werden Mitglieder der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus um Hilfe bitten, wenn sie für Bürgeranliegen benötigt wird.

Ein Gesprächsangebot für die Bürger unseres Bezirkes sollen nächstes Jahr die „Tegeler Dialoge“ im Roten Laden zur Verwirklichung von Demokratie sein. Die Helle Panke e.V. wird uns dabei mit sachkundigen Gesprächspartnern helfen.

Apropos WASG. Sie bemüht sich, eine Gliederung im Berliner Norden zu bilden. Welche Aussichten zur Zusammenarbeit siehst du?

Wir sind offen dafür, und wenn es Reinickendorfer Bürgeranliegen erforderlich machen, werden wir Zusammenarbeit auch suchen.

2005 ist zwar kein Wahljahr, aber ein Jahr, in dem wir uns zu den Kommunal-, Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahlen 2006 aufstellen. Was müssen wir schaffen?



Wir haben ein Programm, aber wir müssen lernen, unsere Wahlausagen abrechenbarer und anregender zur Bürgerbeteiligung zu formulieren. Wenn wir wissen, was wir wollen und was wir nicht wollen, dann wird auch deutlicher, wo Koalition oder Opposition angebracht sind. Und welchen Gebrauchswert die PDS für den Bürger hat.

Na dann - auf gehts.

Gender Mainstreaming - alles schon gehabt?

Oder: Wie unser Bezirksamt in Berlin hinterher hinkt

Bürgermeisterin Wanjura (CDU) kam aus dem Kopfschütteln nicht heraus: Vor ihr arbeiteten sich Bezirksverordnete aller Fraktionen Stunde um Stunde am Thema „Gender Mainstreaming“ ab, verkündeten Erkenntnisse, die sie sich vermeintlich gerade angelesen hatten, und wagten es auch noch, dem Bezirksamt Fragen zu stellen: Wie halten Sie, Frau Bürgermeisterin, es mit GM?

Seit Jahren mache sie GM, ließ sie ihren Stellvertreter als Antwort auf die Große Anfrage der SPD vorlesen. Zuarbeiten hatten auch die anderen Bezirksamtskollegen geliefert - „ziemlich dünne Berichte“, wie Frau Hollube (FDP) fand. Peter Senftleben (SPD), der Gender-Beauftragte des Bezirksamtes, las auch diese vor, woraus sich ein Disput über richtiges, lustvolles Vorlesen entwickelte. Und über die Frage, warum eigentlich entsprechend dem *top-down-Prinzip* nicht die Bürgermeisterin die Umsetzung des GM im Bezirk koordiniere. Bei

jedem anderen Thema hätte sie doch zugegriffen (Petters, B90), es müsste nur politisch gewollt sein. Als Frau Wanjura dazwischen redete, handelte sie sich einen Ordnungsruf des Vorstehers ein. Worauf sie keine Zwischenfrage zu ihrem Beitrag zuließ: „Jetzt rede ich!“ Da waren ihr diesmal auch die Fraktionäre der CDU keine echte Hilfe. Im Gegenteil, Frau Sollfrank, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, hätte besser nichts gesagt.

Das Fazit: der Bezirk steht mit leeren Händen da. Reinickendorf wartet weiter, wie die Pilotprojekte in anderen Bezirken laufen. Für denkbar hält der Gender-Beauftragte, dass im Bezirksamt eine Aufklärungsveranstaltung organisiert, eine Steuerungsgruppe gebildet und Studien angefertigt werden. Dazu habe er 5 000 € beim Senat beantragt. Offen blieb, ob Denkbare nach monatelanger Verzögerung nun auch angepackt wird. Vielleicht hilft eine von allen Fraktionen bestätigte Entschließung. *K.G.*

GM - neues Prinzip der Gleichstellungspolitik

Angeregt durch die 4. Weltfrauenkonferenz 1995 haben sich alle EU-Mitgliedstaaten mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 verbindlich auf die Einführung des GM festgelegt. Dabei geht es um eine geschlechtsbezogene, geschlechtergerechte Politik, die die gezielte Frauenförderung ergänzt.

Gemäß Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes beschloss die Bundesregierung 1999, „die Gleichstellung von Frauen und Männern zum durchgängigen Leitprinzip“ mit GM als Querschnittsaufgabe zu erheben.

Senat und Abgeordnetenhaus haben 2002 die Einführung und Um-

setzung von GM und Gender Budgeting (als Instrument des GM in der Haushaltspolitik) in der Berliner Verwaltungspraxis beschlossen. Am 2.9.2004 informierte der 2. Bericht des Senats über erste Ergebnisse.

Die BVV Reinickendorf ersuchte das Bezirksamt (BA), „bis zum 31.10.2003 zu berichten, ob und wie es sich mit dem GM-Ansatz auseinandergesetzt hat“ und welche Schritte geplant sind, um diesen Ansatz im BA bekannt zu machen und zu verankern (Drs. 0212/ XVII). Im Bezirk befasste sich der Beirat für Frauen- und Mädchenangelegenheiten wiederholt mit dem Thema.

33.Sitzung, 10.11.2004

Die BVV behandelte die aus der 32. Sitzung nachgelassenen Drucksachen, schaffte dann bis Sitzungsschluss nur die Konsensliste, einen Dringlichkeitsantrag sowie vier mündliche Anfragen. Vertagt wurde die Große Anfrage (GA) von Renate Herranen zu den Ganztagsgrundschulen in R'dorf. Sechs Anträge, von der PDS über die Einzelverordnete vorgeschlagen, zur Realisierung von Hartz IV im Bezirk wurden in den zuständigen Ausschuss überwiesen- ebenso ihr von der PDS mit Tegeler Bürgern beratener Vorschlag an das Bezirksamt, einen Ideenwettbewerb für die Greenwichpromenade auszuschreiben.

Stadtrat Dr. Wegner und Bürgermeisterin Wanjura (beide CDU) nutzten eine GA zum aktuellen Stand im bezirklichen Ordnungsamt zu einer Generalkritik am Senat.

Ebenfalls zu einem politischen Schlagabtausch entwickelte sich die mehrfach verschobene Debatte zur GA der SPD über die Umsetzung von „Gender Mainstreaming“ im Bezirk (nebenstehend).

Der Versuch der SPD, eine größere Transparenz in das Abstimmungsverhalten der Bezirksamtsvertreter im Rat der Bürgermeister zu bringen und die Kontrolle durch die BVV zu erhöhen, wurde von Frau Wanjura mit einem Gutachten des Rechtsamtes und dem Hinweis auf die geringe Praktikabilität der Forderung abgewiesen.

„Keinen Verkauf der Gesobau!“ forderten CDU, SPD und B90 unter Hinweis auf von der Reinickendorfer SPD gegenüber der Landespartei und dem Senat öffentlich geäußerten Befürchtungen. Erstaunliche Erkenntnisse klangen an: Bei einer Privatisierung sei das soziale Engagement der Gesobau gefährdet, jeder Private müsse eben „anders rechnen“. „Konsequenterweise“ enthielt sich die FDP. *K.G.*

WiR dokumentiert

60. Jahrestag der Befreiung in Reinickendorf würdig begehen

Antrag der Einzelverordneten Renate Herranen für die BVV am 8.12.2004 (auf Vorschlag der PDS)

Die BVV wolle beschließen:

Den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Alliierten Streitkräfte am 8. Mai 1945, der von den meisten Völkern Europas seitdem als Tag der Befreiung und Tag des Sieges begangen wird, auch im Bezirk im Rahmen eines Gedenktages mit geeigneten Veranstaltungen zu würdigen, die seinem Rang als

europäischer Tag des Erinnerns gerecht werden.

Die Fraktionen der BVV und die Einzelverordnete bilden eine Arbeitsgruppe, die gemeinsam mit Vertretern des Bezirksamtes Vorschläge erarbeiten und diese der BVV bis zum Februar 2005 vorlegen. Dabei sollte auch die Einbeziehung der Schulen in die Vorbereitung des Jahrestages angestrebt werden.



gender
Im Englischen steht „sex“ für die biologische und „gender“ für die soziale Dimension von Geschlecht, für gesellschaftlich bestimmte Rollen, Rechte und Pflichten

main-streaming
Hauptströmung, hauptsächliche Handlungsrichtung von Politik und Gesellschaft; Handlungsmuster, Entscheidungsverhalten einer Organisation

top-down-Prinzip
von oben nach unten, Leitungsprinzip in hierarchischen Strukturen

Empfindsam zwischen Paragraphen

Vorgestellt: Karin Hopfmann, PDS-Abgeordnete, Sprecherin für Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Zweimal im Jahr trifft sich in der behaglichen Wohnküche eine bunte Gesellschaft. Da zaubert ein Iraner persisches Essen, zwei Rheinländer staunen über einen Ukrainer, der mit schöner Stimme Lieder vom Rhein singt und die zwanzigjährige Patentochter Sarah der Gastgeberin gibt russische Volkslieder zum besten. Das sind Begegnungen, die das Herz wärmen. Karin Hopfmann gerät ins Schwärmen, wenn sie von diesen Treffen erzählt, die fröhlich und laut sind und oft bis in den Morgen gehen. Glücklicherweise hat sie verständnisvolle und tolerante Nachbarn.

Nach ihrem Philosophiestudium in Berlin und Leipzig wollte die junge Philosophin eigentlich an einer Fach- oder Hochschule unterrichten. Aber ein etwas engherziger Professor fand die selbstbewußte und kritische junge Frau nicht geeignet und verdarb ihr diese Karriere. Sie wurde als Geschäftsführerin des Kulturbundes verantwortlich für die Leipziger Karl-Marx-Universität.

Hier fand sie auch das Thema ihres Lebens. Sie betrieb kulturwissenschaftliche Studien im Bereich Entwicklungspolitik. Als sie 1987 nach Berlin kam, setzte sie als Lehrbeauftragte für interkulturelle Praxis an der Humboldt-Universität diese Studien mit großer Intensität fort und sammelte Material für eine Promotion, die die kulturellen Folgen der Stadt/Landmigration und Urbanisierung in Westafrika zum Thema haben sollte. Feldstudien waren zu der Zeit nicht möglich, deshalb führte sie ausführlichste Interviews mit Studenten aus dieser Region. Sie er-

fuhr nicht nur bewegende Lebensgeschichten, sondern lernte die Geschichte dieser Region und deren Probleme kennen.

Aber sie kam nicht dazu, ihre Doktorarbeit zu vollenden. Nach der Wende hätte sie bei Null anfangen müssen, denn alles, was sie bisher an Material zusammengetragen hatte, wurde nicht akzeptiert. So hat sie zwar keinen Dokortitel vor ihrem Namen, aber das erworbene Wissen befähigte sie für eine außerordentlich effektive Arbeit auf dem Gebiet.

1990 entstand auf ihre Anregung in Hohenschönhausen die Bürgerinitiative für ausländische Mitbürger/innen. Anlaß waren Übergriffe auf Gastarbeiter, versuchte Brandanschläge auf Ausländerheime und Aufmärsche von Neonazis. Ein Haus der Begegnungen ist zwar nicht entstanden, aber der Verein, der Beratungen und Sprachkurse anbot, fand großen Anklang. Er existiert noch heute und wird engagiert weitergeführt.

Karin Hopfmann wandte sich einem neuen Projekt zu und schuf mit AriC ein Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum, angeregt durch eine Einrichtung in Rotterdam. Zu den Tagen des interkulturellen Dialogs, die das Zentrum regelmäßig veranstaltet, fanden allein in diesem Jahr 25 Dialogische statt und eine große Abschlussveranstaltung im Haus der Kulturen der Welt.

Seit 1995 ist Karin Hopfmann direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Alt Hohenschönhausen und in der PDS-Fraktion natürlich verantwortlich für Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Sie hilft oft da, wo niemand mehr eine Lö-

barung zur Lockerung der sogenannten Residenzpflicht für Asylbewerber zu treffen. Ein Integrationsbeirat wurde gegründet. In den letzten Monaten arbeiteten wir an einer Rechtsverordnung zur Umsetzung des §23a des Aufenthaltsgesetzes.

Damit hat die zukünftige Kommission für Ausländerrechtliche Härtefälle eine Rechtsgrundlage und einen weitgehenden Handlungsspielraum für humanitäre Einzelfallentscheidungen. Natürlich lassen sich nicht hunderte von Fällen damit lösen. Besser wäre es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Unverhoffter Anblick im Morgennebel:

Eine Galerie bizarrer Gespinste

zwischen den groben Drähten

des Koppelzauns.

Häkeldeckchen gleichen

die Muster hauchdünnen Garns,

umnetzt mit Perlen von Tau.

Die Meisterinnen der Nacht

machen sich rar

zum Empfang der Zaungäste.

Mit aufsteigender Sonne verlieren die Wunderwerke

ihren weißschimmernden Glanz.



sung sieht, denn das ist ihre Auffassung von Politik: komplizierte Situationen zu meistern und Grenzen auszuschreiten im Interesse von Menschen in Notsituationen. Im Petitionsausschuß hat sie oft mit erschütternden Einzelfällen zu tun, im Ausschuß für innere Sicherheit und Ordnung versucht sie auf politischer Ebene Lösungen zu finden. Das kostet Kraft und Nerven. Beides hat sie.

Zur Zeit absolviert sie eine Ausbildung zur Mediatorin und Supervisorin. Und sie hat sogar noch Zeit, Gedichte zu schreiben. Zarte Gebilde einer empfindsamen Seele. Aber vielleicht rührt gerade daher die Kraft.

Elfriede Schroth

karin.hopfmann@
pds.parlament-
berlin.de

Ein bißchen „liberaler“?

von Karin Hopfmann

Die Berliner Koalition von SPD und PDS hat dem Zuwanderungsgesetz im Bundesrat nicht zugestimmt, aber sie muss es umsetzen. Dazu gibt es eine Vereinbarung mit der SPD aus dem Jahr 2000. Einiges ist schon umgesetzt, z. B. Bargeld statt Gutscheine oder Chipkarten für Flüchtlinge (nicht in Reinickendorf - d. Red.) oder der Versuch, mit Brandenburg eine Verein-

Ausländerbehörde nutzen ihre Ermessensspielräume bei Entscheidungen über die Gewährung von Aufenthalt besser aus, wie es die Koalitionsvereinbarung vorsieht.

Doch von allein werden sich negative Einstellungen, die Resultat persönlicher Einstellungen und langjähriger politischer Vorgaben durch CDU-Innensenatoren sind, nicht zum Positiven wandeln. Deshalb haben wir lange an einem sehr konkreten Antrag zur Reform der Berliner Ausländerbehörde als bürgernahe Dienstleistungsverwaltung gearbeitet und eingebracht.

Aus:
Bannmeile,
Beilage zu
„Info-links“,
PDS
Lichtenberg,
Nr. 9/ 2004

Bürgerinitiative gibt nicht auf

Vor Ort in Heiligensee: Jutta Matuschek (MdA)

Es wird früh dunkel am Freitag Nachmittag, Ende November. Kalter Wind weht durch die Schulzendorfer Straße. Jutta Matuschek, verkehrspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus informiert sich vor Ort über die Pläne zum Ausbau der Straße. Eingeladen hat die Bürgerinitiative (BI). Mehrere Gesprächsrunden mit den anderen Parteien haben nichts gebracht. Trotz aller Proteste: Das Bezirksamt (BA) will im nächsten Frühjahr mit den Arbeiten beginnen. Was kann die PDS da noch tun?

Familie Böhme nimmt sich unser an. Sie ist in den 80er Jahren dorthin gezogen, weil sie „im Schatten der Mauer“ Ruhe erhoffte. Die Nachbarn links und rechts und weiter vorn ebenso. Mit dem Bau der Autobahn und mehr noch nach der Maueröffnung war es mit der Ruhe vorbei. Mit dem Verkehr ließ sich's leben, sagen die Böhmes, als die Polizei wegen Straßenschäden 30-km/h-Schilder aufstellte. Wo sind die Schäden? fragt der Laie; er sieht Kopfsteinpflaster, wie es in dieser Region oft vorkommt und für einen dörflichen Charakter sorgt. Und von Zeit zu Zeit repariert werden muss.

Im Frühjahr wurden die Anwohner von einem Handzettel des BA überrascht, dass ein Teil ihrer Straße ausgebaut, d.h. asphaltiert werden soll. Familie Böhme erzählt: nahezu alle unmittelbaren Anwohner hätten sich dagegen ausgesprochen. Spontan bildete sich eine BI, die dem BA und den Parteien in der BVV Fragen stellte und über andere Wege nachdachte. Das war im Den-

ken der führenden Bezirkspolitiker nicht vorgesehen. Auch der negative Bescheid des Petitionsausschusses im Abgeordnetenhaus zu einer Eingabe der BI, wesentlich gestützt auf eine Stellungnahme von Bezirksbürgermeisterin Wanjura (CDU), lässt die meisten Fragen unbeantwortet. Dort wird einmal von einer „ausgebauten“, ein anderes Mal von einer „nicht erschlossenen“ Straße ausgegangen. Die Behauptung des BA, die Ausbaupläne seien die kostengünstigste Variante, andere würden doppelt so hoch liegen, lässt die BI nicht gelten, zumal andere Varianten nicht vorgestellt und vorgerechnet worden seien. Ein von der BI privat in Auftrag gegebenes Gutachten soll Klarheit schaffen.

Wer braucht eine ausgebaute Schulzendorfer Straße? Das Land Berlin, das sie als Kat. III in den Stadtentwicklungsplan Verkehr stellte und als Ausweichstraße für die Autobahn benötigt? Das BA? Als Förderungsmaßnahme für die bezirkliche Bauwirtschaft? Warum sollten das aber die Anwohner bezahlen, die davon am wenigsten hätten? Die zu erwartende Kostenbeteiligung- so die Böhmes- würde nicht wenige Anwohner, darunter auch die Kirche, vor unüberwindbare finanzielle Probleme stellen. Die Einkommensstruktur in der Straße sei durchaus heterogen - die sozialen Folgen sind absehbar.

Aufgeben will und wird die BI nicht. Jutta Matuschek hat Unterstützung zugesagt. Sie will ihre Möglichkeiten auf Landesebene nutzen.

Ach so, das Weihnachtsgebäck bei Familie Böhme schmeckte „so wat von lecker“...

Jürgen Schimrock

Nicht am Rande

Aus dem PDS-Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf hat beschlossen, die politische Zusammenarbeit mit Renate Herranen, Mitbegründerin des PDS-Bezirksverbandes, erste Bezirksvorsitzende und auf der Bezirksliste der Partei gewählte Bezirksverordnete in der BVV Reinickendorf zu beenden. Der Bezirksvorstand dankt Renate Herranen für die engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren.

Ihre kürzliche Wahl zu einer der vier SprecherInnen des Landesvorstandes der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) in Verbindung mit der Ablehnung der gegenwärtigen Landespolitik der PDS durch den Landesverband der WASG nehmen dem Bezirksvorstand und dem Arbeitskreis Kommunalpolitik beim Bezirksvorstand die Möglichkeit, Renate Herranen weiter in ihrer Arbeit als Bezirksverordnete zu unterstützen.

Bekanntlich ist Renate Herranen im September 2003 nach dem Beschluss des PDS-Landesparteitages über die Erhöhung der Kitagebühren aus der PDS ausgetreten. Der Bezirksvorstand hat seither ihre Tätigkeit in der BVV auf der Grundlage der Wahlaussagen der PDS Reinickendorf weiter unterstützt- auch mit dem Ziel, den Folgen der Agenda 2010 auf unseren Bezirk entgegenzuwirken. Dabei haben wir erfolgreich zusammengearbeitet, wovon eine Vielzahl von Anträgen in der BVV zeugen, über die unser Bezirksblättchen „WiR“ regelmäßig berichtet hat...

Ihre Wahl schafft nunmehr eine neue Situation, aus der der Bezirksvorstand die Konsequenz gezogen hat.

Der Bezirksvorstand hat Renate Herranen aufgefordert, das PDS-Mandat zurückzugeben. Dazu ist sie jedoch rechtlich nicht verpflichtet...

Termine

„Woher? Wohin? -15 Jahre PDS“, mit Dr. Wolfram Adolphi, Rosa-Luxemburg-Stiftung, öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf am 15.1.2005 um 14.00 Uhr im „Roten Laden“

Siehe auch WiR 10/04 und 11/04



Vor Ort Foto: J.Schimrock

www.ig-schulzendorferstrasse.de

Impressum

Herausgegeben vom
Bezirksvorstand
der PDS
Reinickendorf,
V.i.S.d.P.:
Klaus Rathmann.

Wir in
Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden

sind
ausdrücklich
erwünscht:
PDS
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de

internet:
www.pds-reinickendorf.de